

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 1450 M., durch Boten bezogen monatlich 1500 M., bei Postbestellung monatlich 1200 M. (ohne Beleggeld). Erscheint wochentags nachmittags, Einzelnummer 60 M., Sonntags 90 M. Alle Preise freibleibend. Postfachamt: Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Salferstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird kein Gewähr geleistet. Erfüllungsort: Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 49.

Dienstag, den 27. Februar 1923.

163. Jahrgang.

Das Wüten der Soldateska.

Rückwärtslose Brutalität.

Wohau, 26. Februar. Hier geht die Soldateska mit rückwärtsloser Brutalität gegen Privatpersonen und Behörden vor. Die Franzosen wüten dadurch die Bevölkerung ihren Wünschen entgegen. Bei diesem Vorgehen kommt es natürlich vielerorts zu Zusammenstößen, und die Exzitation der Einwohner steigt von Stunde zu Stunde, zumal die Franzosen zu Massenverhaftungen schreiten und mehrere ansehnliche Persönlichkeiten als Geiseln festgenommen worden sind. Unter diesen Umständen kann man schon in Stunden vor neuen Situationen stehen.

Oberstaatsanwalt Cielbinger aus Wohau ist in das französische Divisionsgefängnis in Hattlingen eingeliefert worden. Er befindet sich dort in Einzelhaft. Stadtrat Stumpf und die Stadtverordneten Dr. Wehrmann (D.W.), Diplomingenieur Weich (D.W.) und Viktor Gierex (Z.W.) sind von den Franzosen ausgewiesen worden. Die Ausgewiesenen haben sich nach Müritzer begeben.

Der Oberstadtrat des Zentrums, Weisliche Volksgenossin, Waser, ist in der vergangenen Nacht von den Franzosen verhaftet worden. Ein Grund wurde nicht angegeben. Ferner wurden verhaftet: Stadtparkwärtin aus Nechten und der Gemeindevorsteher aus Müllersdorf.

Direktor Neubert und der Geschäftsführer Kaufmann vom Warenhaus Gebrüder Alberg sind von den Franzosen verhaftet worden, weil sie sich weinerten, Kautschukmaschine zu unterschreiben.

Der kommandierende General hat für Wohau eine Verordnung erlassen, wonach alle öffentlichen Plätze um 8 Uhr abends geschlossen sein müssen und der Verkehr in den im Mittelpunkte der Stadt liegenden Straßen verboten ist. Des Weiteren ist in einer Reihe von Geschäften vom 26. Februar ab jeglicher Verkauf untersagt. Die Straßenbahnen dürfen in dem abgegrenzten Gebiet keine Fahrten betreiben. In Verfolg dieser Verordnung ist das Stadtmuseum am Montag morgen durch französisches Militär besetzt worden. In Hirschfeld ist am Sonntag nachmittags ein französischer Offizier bei einer Besichtigung im Transformatorhaus durch Verhinderung mit der Stromleitung gestorben worden.

Der Straßenraub von Weichenrand wird mit Erfolg in der Nähe fortgesetzt. Am Sonntag Abend zwischen 10 und 12 Uhr wurden zahlreiche Passanten von französischen Soldaten angehalten, durchsucht und ausgeplündert. Den Kerren wurden vornehmlich Spargelkörbe abgenommen, während man den Damen die Handtaschen raubte.

Handverfälle. Das ist eine Spezialität der Franzosen. Keine Regel ohne von Verurteilung überbieten. Die Franzosen reifen auf zahlreichen Straßen das Vieh an, um den Verkehr anzuhalten und die Wagen durchzulassen zu können. In der Erde haben die Franzosen alle Ausgänge der Stadt besetzt. Eisenbahnen, die in Müritzer die Stadt verlassen wollen, werden festgehalten. Der in der Nähe der Gegend befindliche Weichenrand von 12,8 Milliarden Mark ist von den Franzosen anfangs im Verkauf fortgeschafft worden, jetzt aber nach Düsseldorf gebracht worden, weil man über die Bestimmung des Geldes noch im Unklaren ist.

Wie sehr sich die Franzosen Mühen und Schweißes bedienen vermag man, beweist ein Vorgang bei der Besetzung Gelsenkirchen, der erst jetzt bekannt wird, wo die Franzosen das Volksgenossin besetzt und die Franzosen zur Flucht eingeladen haben. Ein Schmecker wurde festgenommen. Damit die Franzosen einzeln erntet werden an ihre glänzenden Taten, belegen sie sich jetzt auf das Sammeln von Urkunden, „Journets“ welcher Art diese Sammelartigkeit ist, dürfte klar sein. Wenn nimmt einheimische Besatzungsamt in Gelsen sind bisher sechs Raubverfälle gemeldet worden, die höchstwahrscheinlich im Zusammenhang mit dem Wüten eines Teiles der Franzosen stehen. Sie haben sich reichlich mit „Angeboten“ versehen und bevorzugen hierbei Huren und andere Geschäften. Am Montag Mittag wurden einem Boten des Postfachamtes von dem französischen Boten am „Posthof“ 400 000 Mark Rentenabzahlungsgelder geraubt.

Am Sonntag Abend veranlassen in der Nähe zwei französische Soldaten in angrenzenden Gebäude eine Schießerei. Sie betätigten und mit Handfeuerwaffen ausgeben auf der Straße alle ihnen begegnenden Personen. Ein alter Herr, der in Begleitung einer Tochter an den

Franzosen vorüberging, wurde von ihnen niedergeschlagen; eine Frau angehalten. Auf der Straße von Dortmund nach Sengenthal wurden Viehtiere und Viehdiebstahl aus den Wohnungen herausgeholt und die Menschen auf Zigaretten und Zigaretten untersucht.

Die Rheinlandschaft hat eine Note veröffentlicht, worin der Bevölkerung mitgeteilt wird, daß die Militärenten die Häuser der besetzten Gebiete selber ausbeuten werden, ohne sich um das Nachkommern zu kümmern.

In Oberstein kam es am Sonntag Abend zu schweren Ausschreitungen der französischen Truppen. Die Soldaten gingen mit aufgepflanzten Bajonetten auf die wehrlose Menge los und schlugen blindlings auf die Menschen ein. Eine Zivilperson wurde durch Bajonettschlag erheblich verletzt; andere Personen wurden mit Gewehrkolben niedergeschlagen. Am Montag nachmittags wurden der Bürgermeisterei Verge und der städtische Zunditus Schwartz ausgewiesen, weil sie angeblich nicht dafür geantwortet hätten, die Vorgänge in den Straßen zu verhindern. Die städtischen Beamten sind in einem Protestbrief eingetreten.

Am 23. und 24. Februar sind in der Nähe von Wohau in zwei großen Zügen etwa 40 von den Franzosen festgesetzte Gefangene, darunter zwei Polizeikommissare, drei Schupo-Offiziere, verschiedene Schumannsbeamten, Gymnasialen, Arbeiter und Lehrlinge. Die Beheizung der Räume ist ausreichend; ebenso sind Betten, Decken und Licht vorhanden. Dagegen sind die Hygieneverhältnisse völlig unzulänglich. Im Untersuchungsgefängnis zu Weichenrand sind 28 Gefangene, darunter Regierungsrat Niebohoff, Volkswirtschaftler Niehoff, Polizeikommissar und Oberstaatsanwalt Cielbinger, festgehalten.

Die deutschen Bürgermeister Dr. Schaefer und Dr. Waser, sowie Dr. Waser, wurden, unbekannt in welchem, in einem Zivilgefängnis in Düsseldorf untergebracht.

Am deutschen Willen scheitert Frankreichs Raubzug! Darum geht zum Deutschen Volksoffizier!

Ein Italiener von Franzosen in Gelsen erschossen. Paris, 27. Febr. Die der „Autarkie“ meidet hat vor einer Marine in Gelsen ein französischer Soldat einen Zivilisten, der auf seinen Anruf nicht antwortete, durch einen Schuß schwer verletzt. Der Verletzte ist ein italienischer Arbeiter.

Der Kampf um die Kohlen. 26. Febr. Aus dem ganzen Revier laufen Nachrichten ein, daß die Franzosen jetzt mit allen Kräften versuchen, Kohlenmengen zu beschlagnahmen und abtransportieren. Besonders in Witten, Oberhausen und Wanne wurden größere Kohlenmengen beschlagnahmt. Bei der Bäumung des Bahnhofs Brinport bei Gelsen nahmen die Franzosen eine Menge von beladenen Kohlenwagen mit.

Auf dem Güterbahnhof Börde ist eine französische Wache zur Kontrolle von Kohlenzügen eingerichtet worden. Die Lage im Telefonbetrieb ist im Allgemeinen unverbessert. Von den wichtigsten Telegraphenämtern liegen die in Wohau, Düsseldorf, Duisburg und Gelsen noch nicht vor. Der Verkehr wird sich infolge der französischen Eingriffe unter Einschränkungen ab. In Gelsen besetzten die französischen Truppen am Montag nach 5 Uhr das Arbeitsamt „Hütten- und Eisenwerke“. Die Franzosen mußten unverrichteter Sache wieder abziehen.

In Düren stehen, wie erst jetzt bekannt wird, am vergangenen Sonntag ein Güterzug und ein Militärzug zusammen. Dabei fielen vierzig französische Soldaten ums Leben gekommen sein.

Nach vor der Einfahrt in den Hauptbahnhof Koblenz ereignete sich am Montag abends ein Eisenbahnunfall. Zwei von landwärtigen Personal geführte Güterzüge stießen mit voller Wucht zusammen. Ein französischer Automobiltransport wurde zertrümmert.

Infolge der Kontrolle an den Eingangsstellen des Einbruchwegs sind die Abfahrtszeiten der Züge durchweg um 1 1/2 Stunden früher gelegt worden.

Anzeigenpreis Der halbspaltige Millimeter Satzraum 50 M., und der halbspaltige Millimeter Zeilenraum 150 M. Die laufende Monatsaufzahlung wird vom Besieger auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 100 M. in Zahlung genommen. Abrechnung 30 M. Porto besonders. Alle Preise freibleibend. Anzeigen sind 10 Vormittags 10 Uhr. Die legnummer wird berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

Herausgeber Ludwig Valk

Die Lage der Wirtschaft in Frankreich.

In den ersten vier Wochen der Aufbebung hat Frankreich im ganzen 1600 Tonnen Kohlen bekommen, d. h. gerade 10 Prozent des Bedarfes, den es ohne die Bahntätigkeiten erhalten hätte. Die Frage ist, daß die Kohlen in Frankreich von rund 95 Prozent je Tonne im Dezember auf 150 bis 200 Franc Anfangs Februar heraufgesetzt werden mußten. Diese Wirkung ist aber nicht die schlimmste. Viel größere Schwierigkeiten für Frankreich sind vielmehr dadurch entstanden, daß die französische Eisenindustrie größtenteils zum Erliegen gekommen ist, und daß sie sich bisher auf den billigen deutschen Reparationsstoffs stützt, sehr nicht mehr durch systematisches Unterbreiten der Weltmarktreise dem französischen Eisen abzugeben eröffnen und erhalten kann. Es ist leicht möglich, daß diese prekäre wirtschaftliche Lage durch das von Frankreich vorgedruckte einseitige Eisenabfuhrverbot noch verschlimmert wird, weil Frankreich, das es kaum riskieren wird in dem engbrüstigen Industriegebiet Hunderttausende von deutschen Arbeitern gleichzeitig auf die Straße zu legen, unterdrückungswise einen Teil der deutschen Eisenzeugung keine Abzweigen öffnen muß, schon am dem in Frankreich immer stärker sich bemerkbar machenden Eisenmangel entgegenzutreten.

Frankreichs Handelsbilanz fängt jetzt an, wirklich passiv zu werden. Auch im Jahre 1922 führte Frankreich bereits für 3,3 Milliarden Franc mehr ein als es ausfuhr. In der Einfuhr waren aber die zahlreichen deutschen Reparationsleistungen enthalten, für die Frankreich teils gar nichts, teils nur sehr wenig zu bezahlen brauchte, und mit denen es sogar (z. B. Kohlen und Holz) gute Barerlöseerträge erzielt hat. Durch den Wegfall der deutschen Reparationsleistungen wird der Einfuhrbedarf Frankreichs tatsächlich größer als bisher werden, da Frankreich die eigenen Ergebnisse, die es bisher von Deutschland fast umsonst bekam, jetzt zu teuren Weltmarktpreisen kaufen muß. Weiter wird verschlimmert, daß Deutschland in Zukunft auf dem französischen Markt als Käufer nicht mehr auftreten wird. Die französische Industrie in Witten und Gelsen — ein großer Teil Süddeutschlands wurde in den letzten Wochen und Monaten mit französischem Eisen versorgt — wird fast ganz ins Stoden kommen; ebenso wird die französische Industrie, deren Ergebnisse Deutschland bisher abzunehmen gezwungen war, wegen des hohen erhebliche Einschränkungen sich auferlegen müssen. Die bisher tatsächliche als unzulänglich hingestellte Handelsbilanz Frankreichs wird in Zukunft tatsächlich schlechter sein, und es wird es in dem nächsten Jahre werden. Der Franz. fällt der Einfuhrbedarf Frankreichs also am Verbraucher gemessen flatter wird. In diesem Zusammenhang ist auch auf die interessante Tatsache hingewiesen, daß Frankreich gegen sein eigenes Interesse den Franz. feilen und die Markt führen muß, da es zur Deckung seiner Wardebürfnisse im besetzten Gebiet täglich und 500 Millionen Papiermark zu kaufen gezwungen ist. Schließlich ist auch noch erwähnt, daß der Zahlungsmittelbedarf in Frankreich gestiegen ist von 362 in Oktober 1922 auf 465 im Januar 1923.

Das offizielle Frankreich will von der kommenden Entscheidung nichts wissen. Zu 3. B. schließt der französische Haushaltsplan für 1923 nur mit einem Nechbeiträge von 3,9 Milliarden Franc ab. Einzigste Franzosen jedoch bezeichnen die Lage für Frankreich viel unangünstiger. So hat Frankreich für 1922 einschließlich des nachträglichen Bedarfs einen Nechbeitrag von 30,8 Milliarden gehabt, während er den für 1923 — ohne den durch die Inflation hervorgerufenen Geldbedarf — sogar auf 35,2 Milliarden bedingt. Hierbei ist aber noch nicht berücksichtigt, daß die Beträge, die Frankreich im laufenden Jahre von Deutschland zu erhalten sollte, fast ganz in Fortfall kommen werden, da Deutschland infolge der Abtragung von Frankreich zahlungswillig gemacht worden ist.

Deutschlands wirtschaftliche Lage ist schon jetzt länger Zeit so schlecht, daß es nicht mehr viel zu verlieren hat. Am Gesagten dazu liegt Frankreich sehr viel auf Spiel. Seinen Einfluß besitzt die Existenz seiner Wirtschaft.

Ein Reichstagsabgeordneter verhaftet.

Berlin, 26. Febr. Die französische Eisenbahnschutztruppe holte in Eshornbach vor Hamm den Reichstagsabgeordneten Dr. Hugo B. bei seiner Rückreise aus dem Zug heraus und brachte ihn unter bewaffneter Bedeckung zur Wache, die sich in einem Güterwagen befand. Die Aufnahme erfolgte auf einen französischen Weisheit, wonach angeblich deutsche Abgeordnete als „agents provocateurs“ und Junklawe behandelt werden sollen. Nach offizieller Durchführung des

Beilage zu Nr. 49 des Merseburger Tageblattes

Dienstag, den 27. Februar 1923

Der Wahnsinn der hohen Eisenbahnfrachten.

Um das Durchhalten in dem erbitterten Kampf an der Ruhr zu ermöglichen, ist das Reichsministerium mit Erfolg bemüht, durch Senkung des Dollarkurses und Wiederbefähigung die Kosten der Lebenshaltung auf einen verträglichen Stand herabzubringen. Der dem Reichsministerium angehörende Verkehrsminister kennt dagegen anscheinend kein idealeres Ziel, als durch eine lawinenartige Erhöhung der Frachten die Lebenshaltungskosten weiter zu steigern.

Seit dem 1. November 1921 sind die Gütertarife nicht weniger als dreizehnmal erhöht worden. Wie Dr. Goebel im „W. Z.“ nachweist, hat der Frachtenindex im letzten Jahre den Ernährungs- und Lebenshaltungskostenindex häufig übertraffen. So betrug im April und Mai 1922 der Ernährungsindex 4356, der Lebenshaltungsindex 3175 und der Güterfrachtenindex 5955. Anfang Januar 1923 belief sich der Ernährungsindex auf 80702, der Lebenshaltungsindex auf 61156, der Güterfrachtenindex auf 285000. Der Güterfrachtenindex ist dem Lebenshaltungs- und Ernährungsindex rapid vorausgeeilt. Hierdurch wurde erst die fälschliche Ursache für die wachsende Teuerung geschaffen.

Die letzte Verdoppelung der Frachten begründet der Reichsverkehrsminister damit, daß seine Ausgaben für Kohlen, Eisen usw. ebenfalls gestiegen seien. Selbst wenn die Steigerungen für diese Produkte dieselbe Höhe erreicht hätten wie die Frachten, übersteigt er, daß andere sehr wesentliche Ausgaben (z. B. Löhne) lange nicht diese Höhe erlitten haben. Den wesentlichsten Umstand vergißt er aber, nämlich den, daß eine systemlose Erhöhung der Frachten die Lebenshaltungskosten in die Höhe treibt und dadurch Vorkauforderungen auslöst, die ihrerseits wieder zu neuen Preissteigerungen führen. Was der Reichsverkehrsminister auf der einen Seite für das Reich einnimmt, nimmt er ihm auf der anderen Seite durch Verteuerung der vom Reich benötigten Produkte und durch Heraufführung der Gehälter für Staatsbeamte und Arbeiter wieder weg. Wie sehr die Frachten auf die Lebenshaltungskosten einwirken, zeigt, daß schon vor der letzten Tarifverdoppelung bei dem wichtigen Düngemittel Kainit für 15 Tonnen auf 250 Kilometer Entfernung 141 405 Mark, der Preis der Ware dagegen nur 131 391 Mark betrug. Für dieselbe Entfernung machte für Kainitmergel die Fracht mehr als das Doppelte des Warenpreises aus. Wegen der Frachtensteigerung hat im Dezember letzten Jahres die deutsche Landwirtschaft nur 463 000 Doppelzentner Weizen abgesetzt gegen 918 000 Doppelzentner im Dezember 1921. Der Kalterland in der ersten Debatte des Januar 1923 war schlechter als in irgend

einer Debatte des Jahres 1922. In den ersten acht Monaten des Düngejahres 1922/23 sind an die deutsche Landwirtschaft an gedüngtem Stall 35 Prozent, an Mergel 30 Prozent und an gemahenem Kalkstein 59 Prozent weniger abgesetzt worden als in der gleichen Zeit des vorhergehenden Jahres. Die Zahl der Aufträge bei den Kalkwerken ist um 80 Prozent zurückgegangen. Das erste Bestreben der deutschen Landwirtschaft nach gesteigerter Produktivität wird durch die steigenden Frachten vereitelt. Wie unter diesen Umständen die nächste Ernte ausfallen wird, kann sich jeder denken.

Besonders stark wird die Ausfuhr getroffen. Schon vor der letzten Erhöhung sind gegenüber den Vorkriegsfrachten gestiegen die Tarife für die Ausfuhr über unsere Seehäfen für Salzseen auf das 654fache, für Eisen- und Stahlwaren auf das 8289fache, für Maschinen auf das 583fache und die Fracht für Baumwolle von Bremen nach den Spinneleien auf das 801fache! Nicht besser geht es der Eisenbahn selbst, wegen des auf die Frachterhöhungen zurückzuführenden Rückganges des Verkehrs — somit herrscht um die Jahreswende fast niemals Wagenüberfluß — werden schon seit Wochen von den 75 000 bedienten Wagen nur 35 000 regelmäßig gebraucht, während 40 000 auf den Gleisen herumstehen. Unter diesen Umständen kann die Eisenbahn niemals gelindert: Sie erwidert den Kampf an der Ruhr außerordentlich.

Der Weg der unbarmherzigen Frachterhöhungen führt letzten Endes mit aller Bestimmtheit in das Chaos. Die Reichsrentenverwaltung muß deshalb von der Verantwortlichkeit immer wieder aufgebodet werden, diesen Weg zu verlassen und ihre Aufmerksamkeit in höherem Maße dem großen Kapitel der Verkehrsverbesserungen zuzuwenden, das für die Eisenbahn Eisenbahn in großem Umfange ermöglicht. Freilich ist dieser Weg nicht so bequem wie der der systemlosen Frachterhöhungen.

Notwendige Erhöhung des Umlagepreises.

Preussischer Landtag.

Berlin, 26. Februar.

Bei der Fortsetzung der zweiten Beratung des Landwirtschaftsetzels wandte sich

Abg. Graf zu Stolberg-Wernigerode (D. Vp.) gegen die Zwangslandwirtschaft. Sie sei der Ruin der Hochzuckerfabriken und führe zum Niedergang der Zuckerwarenindustrie.

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf hielt es für die wichtigste Aufgabe der Gegenwart, die Ernährung der Bevölkerung, besonders im hartbedrängten Ruhrgebiet, zu sichern. Er dankte der Landwirtschaft für die reichen Spenden zugunsten der Verpflegung des Ruhrgebietes. Werden jetzt die Ernährungshüterigkeiten dürfte nie vergessen werden, daß Preußen durch den Verfall der Verträge die besten Getreidebestände verloren hat. Der Brotgetreideertrag betrage heute auf den Kopf der Bevölkerung weniger

als die Hälfte von 1913. Unter diesen Umständen sei die Getreideumlage kein Pappenstiel, sondern für die Landwirtschaft eine außerordentlich schwere wirtschaftliche und finanzielle Belastung. Die Erhöhung des Umlagepreises sei dringend notwendig. (Acht bei den Kommunisten.) Die diesjährige Frühjahrsbestellung wird entscheidend sein für Sein oder Nichtsein unseres Volkes, darum muß die Landwirtschaft wissen, daß ihre Produktionskosten ersetzt werden. Der Minister zeigte dann zahlenmäßig den großen Rückgang des Viehbestandes. Gegen Schiebererei, Wucher und Preisstreiterei werde mit der ganzen Schärfe des Gesetzes eingeschritten. Das neue Pflanzgesetz biete dazu neue Handhaben. Dem Ausbau der Zwangslandwirtschaft hätten auch die Verbraucher zugestimmt. Der Minister erklärte, er sei ein Gegner der Zwangslandwirtschaft und grundsätzlicher Anhänger der freien Wirtschaft. Jetzt aber, wo wir uns im Kriege befinden, sei die Zwangslandwirtschaft dieser Grundzüge nicht möglich. Das bisherige Umlagenystem habe viele unbillige Härten. Der preussische Vorschlag des Austausches von Stickstoffdüngern mit landwirtschaftlichen Produkten würde eine bessere Lösung sein. (Widerpruch rechts.) Der Minister sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß mit den zur Moorflur bereitgestellten Mitteln die Volksernährung gefördert werde. Das Ministerium unterstütze das Gesetz bezüglich der Stellungen. Abg. Barteld (Dem.) erwidert die Parteien, bei ihren Anträgen zugunsten der Landwirtschaft zu bedenken, ob damit nicht die notwendige Einheitsfront gestört wird. Das gleiche auch für die unmotivierten scharfen Angriffe deutsch-nationaler Abgeordneter gegen die Sozialdemokraten und die Zwangslandwirtschaft. Er wünschte eine weitere Förderung der Zwangslandwirtschaft. Der Grundgedanke müßte durch die Anhebung der Rüstlinge aus Ost und West sich ein nationales Verdienst erwerben.

Abg. Brandenburg (Zog.) bringt Beschwerden der Landarbeiter vor und hält den Zwangslandwirtschaft entgegen, daß sie durch ihre Angriffe auf die Zwangslandwirtschaft die Einheitsfront häuten.

Abg. Meisinger (Ztr.) bezeichnet die Produktionssteigerung der Landwirtschaft als die wichtigste Aufgabe. Jetzt bei dem brutalen Einfall ins Ruhrgebiet muß die Landwirtschaft alles daran legen, um die Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln zu versorgen.

Abg. Stender (D. Vp.) tritt für die Förderung der Zwangslandwirtschaft ein. Die Ausführung des Zwangslandwirtschaftsgesetzes müsse aber ohne unbillige Härten gelassen werden.

Minister Dr. Wendorf erwidert, der preussische Staat habe sich seinen Verpflichtungen in der Zwangslandwirtschaft niemals entzogen.

Damit schließt die allgemeine Debatte. Um 5 1/2 Uhr verlegt sich das Haus auf Dienstag 12 Uhr: Domänenrat, Einzelberatung des Landwirtschaftsetzels.

Politische Rundschau

Führ. von Vornet über den französischen Friedensbruch. Der Führer der deutschen Delegation bei den Verhandlungen von Versailles, Genl. Legationsrat Fehr, v. Vornet, Abgeordneter für den Wahlkreis Leipzig im Reichs-



tage, der von einem längeren Aufenthalt im Ruhrgebiet zurückgekehrt ist, sprach in Dessau vor der Dessauer Wieder-
aufbaugesellschaft über die „französische Politik in Ruhr
und Rhein“. Er führte den einwandfreien Nachweis, daß es
sich bei dem Vormarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet
um einen offensiv und bewußten Friedensbruch handelte.
Herr v. Versner hat seinerzeit selbst die Verhandlungen mit
den Entente-Bertrëtern geföhrt, welche eine Vertrags-
bestimmung forderten, daß den Ententemächten das Recht
des weiteren militärischen Vormarsches gegen Deutschland
gegeben sein sollte für den Fall, daß Deutschland seinen
Reparationsverpflichtungen nicht oder nicht hinreichend nach-
kommen würde. Versner hatte seinerzeit diese Forderung
klar abgelehnt als eine Unmöglichkeit, und er hatte es
auch durchgesetzt, daß die Entente-Bertrëter offiziell auf
diese Forderung verzichteten. Versner gab seiner festen
Überzeugung Ausdruck, daß das deutsche Volk den Kampf
gegen die französische Rheinpolitik durchzuhalten in der
Lage sei.

Gegen die schwarzen Truppen.

„Daily Chronicle“ schreibt: Die Erregung im Ruhr-
gebiet steigt. Die Franzosen scheinen das ja zu wollen,
indem sie schwarze Truppen ins Ruhrgebiet schicken und
Abfertigungskarten, wie die aus Vordom berichteten, ausstellen.
Das sei nicht die Politik einer Behörde, die bemüht ist,
eine solche Stimmung zu beschwören, sondern die darauf
ausgehe, sie herbeizuföhren. Die Verwendung schwarzer
Truppen sei eine unbedingte Maßnahme, die jede öffentliche
Meinung verurteilen müsse. „Daily Chronicle“ fragt, ob
Bonar Law wohlwollende Neutralität, die England ver-
pflichtet, Frankreich am Rhein gewähren zu lassen, soweit
es, daß Grausamkeiten dieser Art Vorhieb gesehert werden
müsse.

Ein Ruhrfilm.

Wie uns mitgeteilt wird, ist ein mit allem Mitteln
neuzustellender Ruhrfilm in Vorbereitung. Es wird damit
gedreht, daß er schon Anfang März zum ersten Male
abgegeben werden kann.

Die Kinder-Unterstützung der Landwirtschaft.

Der Beschluß des Reichs-Landbundes, aus dem Ein-
druckgebiet bis 50 000 Kinder aufs Land zu übernehmen,
hat in allen einzelnen Landbänden freundliche Zustimmung
gefunden. Die Unterverteilung auf die Landbände der Pro-
vinzen und Länder ist bereits veröffentlicht worden. Bei
der weiteren Unterverteilung auf die Kreislandbände und
Ortsgruppen haben sich nur in einer Beziehung Schwierig-
keiten ergeben: Es müßte mit Unmut, ja mit Erbitterung
derjenigen Landbündnisse geredet werden, auf die insbe-
sondere keine Kinder entfallen wäre. Deshalb haben
einzelne Landbände selbst auf die Gefahr hin, über die ihnen
zugedachte Zahl von Kindern hinausgehen zu müssen,
inzwischen die Lösung ausgegeben: Jeder Landbündnis
ein Kind! Diese Aufnahme der Kinder-Unterstützung des
Reichs-Landbundes wird sicherlich in allen Volksteilen
lebhaft Genugung finden.

Berliner Konferenz der Ernährungsminister.

Unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Dr.
Luttwig fand am Sonnabend in Berlin eine Konferenz aller
Ernährungsminister der deutschen Länder statt, um die Er-

nährungsfrage im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung zu
berathen. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die einen
slofortigen Druck auf die Fleischpreise durchzuführen soll. In
der Besprechung wurde auch die Frage einer schärferen Kon-
trolle des Lebensmittelhandels erörtert. Die Versorgung mit
Fleisch, Fett und Milch müsse zu wenigstens einigermaßen
erträglichen Preisen ermöglicht werden. Die Vertreter der
Regierungen geben ihrer Ansicht dahin Ausdruck, daß vor
allen Dingen die Viehpreise erniedrigt werden müssen, da sich
hieraus eine wesentliche Verbilligung der Fleischwaren- und
Fettpreise ergeben würde. Der eingesetzten Kommission
wurde Auftrag gegeben, mit größter Beschleunigung die ent-
sprechende Maßnahme durchzuführen.

Eine Erklärung des Kronprinzen.

Der Kronprinz läßt folgende Erklärung veröffentlichen:
„Durch die Presse geht die Voranzeige des Wertes eines
anonymen Herausgebers, „Der deutsche Kronprinz und die
Frauen in seinem Leben“. Dem Titel des Buches ist hinzu-
gefügt, daß es nach authentischen Aufzeichnungen, Belegen
und Unterlagen“ verfaßt sei. Hierzu erkläre ich im Auf-
trage des Kronprinzen das Folgende: Weder der Kron-
prinz selbst noch ein Herr seiner Umgebung oder seines
Freundeskreises stehen mit dieser Publikation in irgend-
einem Zusammenhang. Auch können authentische Aufzeich-
nungen, Belege und Unterlagen nicht in Frage kommen.
Die beiden vom Kronprinzen verfaßten Bücher die allein
als authentisch anzusehen sind, sind die im Göttinger
Verlage erschienenen „Erinnerungen“ und die im Verlage
C. E. Müller & Sohn erschienenen „Erinnerungen aus
Deutschlands Heldentage“. Im Auftrage Märdner von
Mühlheim, Major a. D. und persönlicher Begleiter.“

Großer Platinrückhalt.

Homborn, 26. Februar. Aus dem Laboratorium der
Haupt-Industrie-Werke wurde eine größere Menge Platin
im Werte von etwa 180 Millionen Mark gestohlen. Der im
Laboratorium anwesende Wächter wurde gefesselt und mit
einem Revolver bedroht. Als Täter kommt ein etwa 25jäh-
riger Mann in Frage, der mit den örtlichen Verhältnissen an-
scheinend vertraut war. Auf die Verhaftung des Platins
ist eine Belohnung von acht Millionen ausgesetzt.

Nach Sitzen beginnt mit Deutschen Ausweisungen.

Der Hauptführer des „Menschen Dammboots“ Sey-
fried hat von den Sitzen einen Ausweisungsbefehl er-
halten, wonach er am Sonntag das Rheinische Gebiet unter
militärischer Bedeckung zu verlassen hat.

Seyfried war lange lang in Remel Stadtverordneter.
Seine Ausweisung ist ein Akt deutschfeindlicher Willkür,
der ebenso wie die beschuldigten Äußerungen und Aus-
sagen einer großen Anzahl von Beamten für den Augen-
blick besonders peinlich berührt, indem von deutscher Seite
den Deutschen Gleichberechtigung und Unantastbarkeit ihrer
Rechte zugesichert wurde.

Tschechens Kampf gegen deutsche Kinder.

Wie die „Ceser Zeitung“ heute mitteilt, wurde die
Sammlung, welche das genannte Blatt zur Aenderung der
Not reichsdeutscher Kinder eingeleitet hat, besch-
lich verboten. Als Grund wurde dem Polizeikommissariat
mitgeteilt, daß die Sammlung für das Ausland nicht aber
für kulturelle Zwecke erfolge.

Die tschechische Regierung hat an die Gemeindebehörden
der Tschechoslowakei einen Erlaß gerichtet, wonach den Ge-
meindebehörden und Bezirksverbänden verboten wird, aus
Gemeindemitteln Spenden für die Ruhrhilfe zu bewilligen.

Die Präsidentschaftskandidatur des Automobil-Ford.

Paris, 26. Febr. Der „New York Herald“ meldet, daß
die Führer der demokratischen Partei nach zweifelhafter Aus-
sage über die allgemeine Politik die Kandidatur des be-
kannten Industriellen Ford für die Präsidentschaft der Re-
publik im Jahre 1924 endgültig ausgeschlossen haben.

Cadins Haftentlassung abgelehnt.

Paris, 21. Februar. In der Kammer wurde gestern
vor dem Eintritt in die Debatte ein sozialistischer Antrag
auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Ca-
chin eingebracht. Die Abgeordneten Compe-Morel und
Grenu, die den Antrag bekriegen, gingen davon aus, daß
die sozialistische Partei die Republikanische Partei nicht
billigen und sie nicht ablehnen, daß Cadin, der wegen
seiner angeblichen antisozialistischen Propaganda im Ruhr-
gebiet unter Anklage gestellt ist, durch ein Votum der
Kammer entweder in Freiheit gesetzt werden könne, zu-
mindest solange, daß er während der Zeit der gericht-
lichen Untersuchung sein Mandat ausüben könne. Bei der
Eröffnung der Abstimmung hat Boineau um das Wort, der
Kammerpräsident verweigerte es ihm aber, da die Ab-
stimmung bereits begonnen hatte. Mit 351 gegen 188
Stimmen wurde die Haftentlassung Cadins abgelehnt.

Rückgabe feindlichen Eigentums in Amerika.

Paris, 25. Febr. Das amerikanische Präsidentschen-
haus nahm mit 300 gegen 11 Stimmen das Gesetz an, wonach
der Verwalter des beschlagnahmten feindlichen Eigentums
den Auftrag erhält, das Eigentum im Werte bis zu 10 000
Dollar zurückzugeben. Das Mitglied Winslow hatte diesen
Antrag vor einigen Wochen gestellt. In der Debatte wurde
darauf hingewiesen, daß die meisten Deutschen, die durch
die Beschlagnahme betroffen wurden, namentlich in Deutsch-
land leben und die Rückgabe von Werten in Höhe von
100 Mill. Dollar eine Verringerung der Finanzlage Deutsch-
lands, insbesondere seiner Währung herbeiföhren könne.

Aus Provinz und Reich

Mietertreue in Berlin.

Berlin, 26. Febr. Wie die Blätter melden, fand am
Sonntag Vormittag in der Viehhof-Brücke eine Mieterver-
sammlung statt, die von etwa 6000 Personen besucht war.
Nach ungefähr 2 Stunden, während derer die Mieter durch
Abstimmung, vom 1. März ab in den Mietertreue zu treten.

Kindersbrand während einer Jugendvorlesung.

Berlin, 26. Febr. Ein Brand, der leicht die schwachen
Folgen hätte haben können, brach am Sonntag Nachmittag in
einem Kintheater in der Wienerstraße am Ostberliner Bahn-
hof aus. Während einer Vorlesung für Jugendkinder ent-
stand im Vorführerraum Feuer. Der Zuschauerraum ver-
brannte in kurzer Zeit. Eine Bank beschädigte sich der An-
wesenden, von denen viele verletzt wurden.

